

Wirkungslose flankierende Massnahmen und Schengen-Dublin:

Lohn- und Sozialdumping in der Festung Europa

Das Bilateralen-Paket zeigt Wirkung

Die "heilige Allianz" für pseudo-Personenfreizügigkeit mit wirkungslosen Begleitmassnahmen erschwert die Mobilisierung der Lohnabhängigen.

Am 1. April haben die Behörden eine Pressekonferenz organisiert, um ihre Bilanz der "flankierenden Massnahmen" bekannt zu geben. Ein halbes Jahr vor der Abstimmung vom 25. September wollten sie die Bevölkerung beruhigen. Die Presse sprach von einer "heiligen Allianz für die Öffnung auf Europa" und von "Sozialdumping unter Kontrolle" (bsp. *Tribune de Genève*, 2.4.05).

Die angeblich heilige Allianz war vertreten durch Bundesrat Joseph Deiss, Jean-Luc Nordmann, Vize-Direktor des Seco, Peter Hasler, Direktor des Arbeitgeber-Verbandes und Serge Gaillard, führender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Sie erzählten, dass wir in der besten aller möglichen Welten leben und stützen sich dabei auf "Studien" des Seco, die Lohn- und Sozialdumpings leugnen. Da ist Hans Baumann, Zentralsekretär UNIA, ehrlicher: "Die Zahlen des Seco sind Augenwischerei".

Die gleiche politische Konstellation unterstützt übrigens die Abkommen von Schengen-Dublin, die am 5. Juni zur Abstimmung kommen (vgl. Seite 2 dieses Flugblattes). Die Mehrheit der linken Parteien und die Gewerkschaftsführungen treten für eine Festung Europa, für neue Fichen, für den Abbau der Asylrechte ein. Wie die WoZ es formulierte: "Die SVP ist gegen Schengen/Dublin, also sagen die Linken Ja – weil sie glauben, damit die Annäherung an Europa zu retten. Es wäre schön, wenn es so einfach wäre" (21.4.05).

Wem nützt diese "heilige Allianz"? Serge Gaillard (SGB) ruft die Lohnabhängigen am 1. April dazu auf, den Begleitmassnahmen und dem

guten Willen der Bosse zu vertrauen: Kein April-Scherz! Drei Wochen später veröffentlichte der Schweizer Arbeitgeber unter Peter Hasler ein begeistertes Plädoyer für die Bolkestein-Richtlinie, die als "kontroverses, aber notwendiges" Projekt der EU bezeichnet wird (21. April). Eine Richtlinie, die zum Ziel hat, alle Lohnschutzmassnahmen auszuhebeln, indem für entsendete Arbeitskräfte europaweit jeweils die Löhne und Arbeitsbedingungen der Herkunftsländer gelten sollen. Klar, dass die Arbeitgeber entzückt sind... aber sollen die Lohnabhängigen ihnen vertrauen, wie Serge Gaillard & Co es fordern?

Gewerkschaftsführung in der Zwickmühle

Die "heilige Allianz" wütet folgerichtig auch auf der Ebene der sogenannten Sozialpartnerschaft: Sie beschleunigt das Ende einer Epoche in der Geschichte der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Ein

Beispiel: Die Baumeister haben einen massiven Angriff auf den Landesmantelvertrag (LMV) im Bauhauptgewerbe lanciert: Sie fordern die Abschaffung der Mindestlöhne, die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Einschränkung des Kündigungsschutzes bei Krankheit u. a. m. Diese Brutalität treibt die UNIA-Führung im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. September in eine Zwickmühle. Am 14. April gab die UNIA bekannt: "Für die Bauarbeiter ist klar: Ohne starken LMV als Schutz vor Lohn- und Sozialdumping werden sie der Ausweitung

der Personenfreizügigkeit im September nicht zustimmen können".

Dieser Satz sollte selbst GewerkschaftsführerInnen dazu bringen, über den

eigenen Tellerrand zu schauen: Nur 1,4 von 3,7 Millionen Lohnabhängige in der Schweiz unterstehen nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (BfS)

überhaupt einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Das bedeutet, dass selbst bei Abzug der öffentlichen Angestellten nur eine Minorität der



Jean-Luc Nordmann, Peter Hasler, Joseph Deiss, Serge Gaillard

BILATERAL – FATAL

EU / Deutschland / Schweiz Lohn- und Sozialdumping: Was tun?

Samstag, 11. Juni um 19.00 Uhr im Volkshaus,
Stauffacherstrasse 60, Zürich

Info- und Diskussionsveranstaltung mit AktivistInnen und GewerkschafterInnen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz über Lohn- und Sozialdumping in Europa und "was alles noch auf uns zukommt" (Bolkestein-Richtlinie, usw.), über mögliche Antworten der Lohnabhängigen, über Perspektiven eines anderen Europa und über die Abstimmung vom 25. September zu den "flankierenden Massnahmen".

Weitere Infos demnächst unter <http://www.bfs-zh.ch>

Die flankierenden Massnahmen

Die flankierenden Massnahmen sollen Lohn- und Sozialdumping mit den drei folgenden Bestimmungen verhindern:

1. Regelung der Arbeitsbedingungen der entsandten Arbeitskräfte, also jener Lohnabhängigen, die von Unternehmen mit Sitz im EU/EFTA-Raum für einen begrenzten Zeitraum in die Schweiz entsandt werden.

2. Im Falle von Missbrauch können gemäss den neuen Artikeln des Obligationenrechts

Minimallöhne mittels Normalarbeitsverträgen (NAV) festgelegt werden.

3. Im Weiteren können bei Missbräuchen die Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge (GAV) über den Lohn und die Arbeitszeit unter erleichterten Bedingungen allgemein verbindlich erklärt werden.

Ohne einen Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte und einen wirksamen Kündigungsschutz bleiben diese flankierenden Massnahmen allerdings wirkungslos. ■

Beschäftigten der Privatwirtschaft einem GAV unterstehen. Diese sind meistens alles andere als gut. Die Schlussfolgerung bezüglich Abstimmungsparole für den 25. September sollte einleuchtend sein.

Freie Hand für den 25. September?

Welche Folgen hat in Wirklichkeit der von der UNIA-Führung hergestellte Zusammenhang zwischen ihrer Unterstützung des "Bilateralen-Paktes" und die Zukunft des LMV im Bauhauptgewerbe? Ist es eine Stütze, um die Mobilisierung und Organisation der Lohnabhängigen für ihre Interessen zu stärken, um eine entschlosseneren Aktion zu führen, um die Idee zu fördern, dass ArbeiterInnen für ihre Rechte kämpfen müssen?

Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Die Mobilisierung soll verhindert und die Gewerkschaft noch mehr in ein neokorporatistisches Korsett gezwängt werden.

Die Mobilisierung der Maler und Gipser ist auf Eis gelegt. Das Seco soll vermitteln (NZZ, 16.4.05). Der alte GAV wird um zwei Jahre verlängert, die frühzeitige Pensionierung ist vergessen, der Kündigungsschutz bei Krankheit wurde aufgeweicht, usw.

Ein ähnliches Szenario wird für den LMV des Bauhauptgewerbes vorbereitet. Diesmal kommt die "task force" (Hasler, Gaillard, Deiss, usw.), die 2004 die "heilige Allianz" ins Leben gerufen hat, zum Einsatz. Es geht darum, bis Mitte Juni eine Verlängerung des LMV um ein oder zwei Jahre zu erreichen. UNIA-Präsident Vasco Pedrina will für den 25. September freie Hand bekommen. Forderungen, Rhythmen und Aktionsformen werden diesem Ziel untergeordnet.

Während dieser Zeit breiten sich auf den Baustellen Temporärarbeit und Auslagerungen aus. Der Rückgriff auf eine grosse Zahl von entsendeten Arbeitskräften und von Scheinselbständigen des-

strukturiert die Arbeitskollektive (die Leute kennen sich nicht einmal mehr), bricht die Solidarität, weitet Lohn- und Sozialdumping aus und wird zur Normalität der ganzen Branche.

Nur eine kollektive Mobilisierung und eine Aufwertung der fundamentalen Rechte der Lohnabhängigen könnten diese Tendenz umkehren. Das ist natürlich schwierig: So eine Perspektive braucht eine entsprechende, längerfristige Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik. Ohne diese Perspektive wird jedoch eine Verlängerung des GAV nur den Moment hinauszuögern, in dem die Bosse ihre schmerzhaft Rechnung präsentieren werden: Eine Verschlechterung des GAV und seine Anpassung an die Praxis, die auf den Baustellen bereits durchgesetzt wird.

Weg mit der Bilateralen-Schlinge!

Eine Mobilisierungsperspektive ist aber mit der Unterstützung des Bilateralen-Paketes am 25. September nicht zu haben. Die UNIA hat ihren Kopf in eine doppelte Schlinge gesteckt: Es gibt einerseits die neokorporatistische Politik der "heiligen Allianz", die "Augenwischerei" betreibt. Aber es gibt auch die Knoten, die UNIA-intern bestehen: Historisch war der SMUV den Bossen der Maschinenindustrie (Swissmem) ausgeliefert. Heute ist diese Komponente der neuen UNIA gegenüber den anderen Organisationen der Lohnabhängigen in der Branche, VSAM und Syna, in der Minderheit und so geschwächt, dass nicht einmal mehr ihre Sanftmütigkeit für Swissmem von Nutzen ist. Die Bilateralen und die Personen-

freizügigkeit sind jedoch für die Maschinenindustriellen entscheidend: Es geht um ihren Zugang zu Exportmärkten sowie zu billigen, gut qualifizierten Arbeitskräften. Die SMUV-Komponente der UNIA wird niemals die Nein-Parole zum "Paket" am 25. September akzeptieren. Die GBI-Komponente steckt also im Sumpf.

Die zwei wichtigsten Ereignisse der letzten

Monate für die Schweizer Gewerkschaften – die Gründung der UNIA und die Unterstützung der Bilateralen – wirken somit zusammen. Die Gewerkschaftsführungen haben diese Entscheide als Stärkung der Lohnabhängigen und ihrer Rechte verkauft. In Tat und Wahrheit werden damit die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen noch mehr den Prioritäten der

Arbeitgeber untergeordnet. Eine Hoffnung wäre, dass die Debatten der nächsten Wochen und ein Nein am 25. September Sand in

dieses Getriebe streuen, das sich gegen die kollektive Organisation der Lohnabhängigen in der Schweiz richtet. ■

bfs Bewegung für den Sozialismus

BFS, Postfach 2002, 4001 Basel; bfs-bs@bluewin.ch

BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23 bfs-be; @bluewin.ch

MPS-BFS, cp 961, 1700 Freiburg 1; mps-fribourg@bluemail.ch

BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich; info@bfs-zh.ch

www.bfs-zh.ch – www.debatte.ch

Zur Abstimmung vom 25. September zur sogenannten Personenfreizügigkeit

Die flankierenden Massnahmen bringen Nichts!

Die flankierenden Massnahmen zu den ersten bilateralen Abkommen sind im Juni 2004 in Kraft getreten: Sie haben sich als komplett wirkungslos gegen Lohn- und Sozialdumping erwiesen. Aktive GewerkschafterInnen stellen tagtäglich Lohndumping, äusserst unsichere Arbeitsplätze und erzwungene Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen fest.

Lohnabhängige werden gespalten!

Das alles verschärft und vervielfacht die Spaltungen zwischen den Lohnabhängigen in der Schweiz, ganz besonders die Konkurrenz zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Nationalitäten. Auf diesem, seit langem von den Behörden, den Unternehmern und einem Teil der Gewerkschaftsführungen gedüngten Boden gedeiht die Fremdenfeindlichkeit.

Die Menschenrechte werden ausgehöhlt!

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) bestimmt (Art.13): "Jeder hat das Recht, sich... frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen." (Art.23): "...Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit... Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu

bilden und solchen beizutreten." (Art 22): "Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit". Was damals nur innerhalb eines Landes galt, soll heute in der EU und der Schweiz Gültigkeit erhalten. In Wirklichkeit gewährt das bilaterale Abkommen über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitglieder der EU (insgesamt 25 Länder) diese Grundrechte nicht. Die angebliche Personenfreizügigkeit dient dazu, die anderen Rechte auszuhebeln.

Darum: Setzen wir uns für die folgenden Forderungen ein, die eigentlich schon längst verwirklicht sein sollten.

- Eine angemessene Anzahl gut ausgebildeter ArbeitsinspektorInnen soll in allen Betrieben mit mehr als zehn Angestellten jederzeit und ohne Voranmeldung Zugang zu allen Betriebsräumen und Unterlagen haben.
- Wo kein Gesamtarbeitsvertrag besteht, soll ein verbindlicher Normalarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen und festen Arbeitszeiten eingeführt werden.
- Die Unternehmer sollen dazu verpflichtet werden, die Löhne und Qualifizierungen der angestellten Personen unaufgefordert im elektronischen Amtsblatt zu veröffentlichen. Um die Privatsphäre der Betroffenen zu wahren, werden die Namen der Lohnabhängigen nur der tripartiten Kommission mitgeteilt.

- Die Ausdehnung des Gültigkeitsbereichs der Gesamtarbeitsverträge soll allein auf Antrag der gewerkschaftlich organisierten Angestellten alleine angeordnet werden können.

- Es soll ein wirksamer Kündigungsschutz für PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen eingeführt werden. Nur so können sie die Missbräuche und die sich häufenden Gesetzesverstösse am Arbeitsplatz aufzeigen.

Solche gesetzlich verankerte Rechte würden dazu beitragen, dass die aus vielen Ländern stammenden Lohnabhängigen sich am Arbeitsplatz das Recht auf freie Meinungsäusserung und auf gewerkschaftliche Organisationsfreiheit aneignen können.

Darum: NEIN zu den wirkungslosen flankierenden Massnahmen am 25. September!

Sagen wir Nein zur Diktatur der Aktienbesitzer und zu ihren Ausbeutereien. Diese Diktatur setzt die Lohnabhängigen, gleich welcher Nationalität, immer mehr unter Druck. Wir wollen einen grundlegenden Richtungswechsel: Die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte müssen in den 25 Mitgliedstaaten der EU und in der Schweiz verbessert und nach oben angeglichen werden! ■



Schengen / Dublin: Nein zur verstärkten Repression und zur Abschottung Europas

Sowohl die BefürworterInnen als auch die GegnerInnen des Abkommens von Schengen-Dublin aus den traditionellen Parteien (SVP, FDP, CVP und SP) machen mit in ihren Kampagnen AusländerInnen für Kriminalität und Gewalt verantwortlich. Doch worum geht es?

Der Schengener Vertrag wurde am 19. Januar 1990 unterzeichnet. Nach einigen Verzögerungen trat der Vertrag im März 1995 zwischen den ersten sieben Unterzeichnerstaaten in Kraft. Diese Verträge sehen den "freien Personenverkehr" innerhalb der EU vor und errichten starke hohe Schranken an den Aussen Grenzen der EU. Jedes Asylgesuch wird nur von einem Schengen-Mitgliedstaat untersucht. Zuständig ist dafür der Staat, in dem bereits ein Verwandter des Gesuchstellers als Flüchtling lebt.

Die "Harmonisierung der Rückweisungs politik" (und der entsprechenden strafgesetzlichen und polizeilichen Massnahmen) schreitet voran. Die Politik der EU im Asylbereich hat sich ständig verschlechtert, genau wie im sozialen Bereich.

Mit dem Beitritt zum Schengen-Dublin-Abkommen werden die Schweizer Behörden nunmehr (offiziell) Zugriff auf das Schengener Informationssystem (SIS) und auf die Fingerabdrücke der Asylbewerber haben, die seit November 2003 erhoben werden. Diese werden in der Datenbank Eurodac gespeichert. Durch die Verträge von Schengen werden die Einwohner aus 126 Ländern der Visumpflicht unterstellt.

Kriminelle und Asylbewerber werden ohne weiteres in denselben Topf geworfen! Es ist alles eine Frage der Definition: Wer millionenschwere Finanzströme aus einem armen Land ausführt, begeht kein Verbrechen. Es handelt sich dabei nur um einen Kapitalexport in Richtung "unserer Banken". Ganz anders, wenn jemand zwei Asylgesuche in zwei Ländern stellt: hier handelt es sich um ein Delikt, denn der Asylbewerber will ja etwas vertuschen.

Die Asylpolitik der EU – und der Schweiz – widers-

pricht direkt dem Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen über den freien Personenverkehr. Denn es wird eine Rechtsungleichheit zwischen zwei Kategorien von Menschen geschaffen, und zwar im Bereich der Grundrechte.

Auf der einen Seite gibt es nun Menschen, die sich frei bewegen und sich dort niederlassen können, wo es ihnen gefällt. Auf der anderen Seite sind diejenigen, denen diese Möglichkeit verwehrt bleibt. So wird eine grundsätzliche Ungleichheit geschaffen, die zu zahlreichen Ungerechtigkeiten führt. Tag für Tag liefern uns die Arbeitsund Lebensbedingungen der "Asylbewerber" neue Beweise dafür. Und so manche europäische BürgerIn zeigt sich dann schockiert, wenn ein Land aus der "Dritten

Welt" von ihr oder ihm vielleicht ein Visum verlangt!

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Die prekären Arbeitskräfte – deren ungesicherte Arbeitsbedingungen langsam aber sicher als etwas Normales anerkannt werden – fallen nicht einfach so vom Himmel.

Tatsächlich bieten Unternehmer verschiedener Sektoren (Reinigung, Bau, Hotellerie und Restauration, Landwirtschaft, Billig-Discount, usw.) permanent "illegale", "nicht angemeldete" oder "ausgelagerte" Arbeitsplätze an.

Mit diesem Angebot wird die Auswahl der "intelligenten Köpfe" von ausse-

rhalb der EU der 25 kombiniert. Wie wir wissen, tolerieren die Behörden ausdrücklich. Die Repressionsmassnahmen dienen in diesem Bereich nur dazu, die Lage der Lohnabhängigen weiter zu verschlechtern, die dazu gezwungen sind, das Inakzeptable zu akzeptieren.

Die BFS solidarisiert sich mit den Sans-Papiers

und den AsylbewerberInnen, die für ihre Regularisierung und ihre Rechte kämpfen.

Die BFS tritt für eine wirkliche Personenfreizügigkeit ein. Nicht nur die Menschen aus der abgeschotteten Festung Europa, sondern alle sollen das Recht haben, sich so zu bewegen wie sie wollen.



Das Schengen / Dublin Abkommen

Das Schengen-Abkommen regelt konkret:

- den Grenzübergang von Personen,
- die Visaerteilung für Kurzaufenthalte,
- die polizeiliche Zusammenarbeit,
- die internationale Rechtshilfe
- Das Dublin-Abkommen regelt:
 - die Verhinderung von Zweitgesuchen im Asylbereich. Offiziell will das Abkommen verhindern, dass ein Asylantrag mehrmals in verschiedenen Staaten, die beim Dubliner Abkommen mitmachen, eingereicht werden kann. Zweitgesuche sollen unmöglich werden. Mehrmalige Antragsteller in verschiedenen Ländern

werden mit der elektronischen Datenbank (Eurodac) erkannt und an den für das Asylverfahren zuständigen Staat zurückgeschickt.

Das Schengen-Dublin-Abkommen und die Verschärfung des Asylwesens sind im Kontext einer Politik zu sehen, die verschiedene Kategorien von InländerInnen und MigrantInnen herstellt und diese gegeneinander ausspielt. Die papierlosen MigrantInnen werden gezielt in unsichere Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Sie sehen sich gezwungen, tiefste Löhne und schlechteste Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Agenda

Was ist Marxismus?

Wir organisieren einen Einführungskurs: Es geht um die Diskussion und Aneignung der wichtigsten marxistischen Fragestellungen und Konzepte. Zudem soll dieser Bildungs- und Diskussionszyklus mit aktuellen Beispielen Instrumente für die politische Aktivität geben.

Themen der Kurse (Reihenfolge nicht zwingend): Der Ursprung des Kapitalismus als Form der Klassengesellschaft – Grundlegende ökonomische Mechanismen des Kapitalismus – Wie funktioniert der Kapitalismus in der Schweiz – Das imperialistische Weltsystem und die "Globalisierung" – Soziale Klassen und Klassenkampf – Gesellschaftliche Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und Frauenbefreiung – Wer besitzt die Schweiz? Die herrschende Klasse in der Schweiz – Der Staat, Instrument der Klassenherrschaft – Marktwirtschaft oder demokratische Selbstverwaltung?

Nächster Termin: Mittwoch, 11. Mai um 19.30 Uhr. Der Staat, Instrument der Klassenherrschaft?

Einleitung von Julia Horvath, Wirtschaftshistorikerin Gesellschaftliche Arbeitsteilung und Entstehung des Staates – Der Staat im Dienste der Allgemeinheit? – Besonderheiten der bürgerlichen Staaten – Macht die Globalisierung des Kapitals die Staaten "überflüssig"? – Die Überwindung des Staates.

Weitere Termine bis Ende Jahr: 22. Juni, 14. September, 26. Oktober, 7. Dezember. Wer die Einladungen zu den Kursen mit den Ortsangaben und die Unterlagen erhalten möchte, kann sich per E-mail oder mit dem unten stehenden Talon anmelden. Regelmässige Teilnahme wird empfohlen. Einstieg auch während dem Zyklus möglich.

Kapitalismus? Es geht auch anders!

Rosa Luxemburg-Tage vom 13. bis 16. Mai in Berlin

Über 60 Workshops, Seminare und Podiumsveranstaltungen über die wichtigsten Fragen der Linken und die Bedeutung von Marxismus heute. Infos: <http://www.rosa-luxemburg-tage.de>

Staat, demokratische Grundrechte und Freiheit...

Sonntag, 22. Mai, 14.00 bis 18.00 Uhr, Casa d'Italia, Bühelstrasse 57, Bern. Ein Seminar der BFS Bern, mit verschiedenen ReferentInnen.

Wie kämpfen wir gegen den Abbau des Service public?

Dienstag, 31. Mai um 20.00 Uhr im Restaurant Cooperativo, Strassburgstrasse 5, Zürich. Eine Veranstaltung von attac (www.attac.org/schweiz) mit Alessandro Pelizzari u. a.

Weltfrauenmarsch 2005

Aktionen am Weltfrauenmarsch in der Schweiz vom 10. bis 14. Juni 2005. Infos unter www.marche-mondiale.ch

Schluss mit der Fremdenfeindlichkeit! Schluss mit der Blocherpolitik!

Gesamt-schweizerische Grossdemo Samstag, 18. Juni (Flüchtlingstag), 14 Uhr Waisenhausplatz, Bern.

Wir alle, die in der Schweiz leben und arbeiten, sind die Schweiz... www.sansnous.ch. Kollektivreise: Pf. 8707, 8036 Zürich oder info@bfs-zh.ch.

Internationales sozialistisches Sommercamp. 23.-29. Juli in Barbaste (Frankreich)

Seit 1984 organisieren Jugendliche aus ganz Europa, die mit der IV. Internationale sympathisieren ein internationales Sommercamp. Eine Woche lang haben mehrere Hundert politisch Interes-

sierte bzw. aktive junge Leute die Möglichkeit, am Tag über die verschiedensten Themen zu diskutieren und in der Nacht zu festen und sich von den Strapazen von Schule und Arbeit zu erholen.

Was gibt's auf dem Camp?

In großen Foren, kleineren Workshops oder Diskussionsterminen mit den Delegationen anderer Länder können wir Erfahrungen austauschen, was politisch Aktivsein in den jeweiligen Ländern und Schwerpunktgebieten bedeutet. Das Europäische Sozialforum, die Diskussionen um die EU-Verfassung, die StudentInnenbewegung gegen die Umsetzung von GATS und Bologna-Abkommen zeigen, dass Politik eben nicht nur auf nationaler Ebene gemacht wird. Und das muss auch für feministisch-sozialistische Politik so sein. Thema wird unter anderem die Frauenbefreiung, Ökologie, Klassenkämpfe von prekär Beschäftigten, Antirassismus, Kriege, die StudentInnenbewegung, nationale Unterdrückung und vieles mehr sein. Verschiedene Strategien werden diskutiert und an einer stärkeren Vernetzung wird gearbeitet. Auch einer Einführung in den

Marxismus kann gelauscht werden. Für Übersetzung wird gesorgt. Neben den landschaftlichen Vorzügen lässt sich also auch ein breites Programm auf dem Camp genießen. Vom entspannten Badeseer gleich am Camp, über ein Fußballturnier und eine Open-Mic-Session bis zum Ausflug in die Umgebung gibt's viel zu erleben.

So funktioniert das Camp!

Das Camp funktioniert in Selbstverwaltung und Selbstorganisation der TeilnehmerInnen. Die Übernachtung und die verschiedenen Veranstaltungen finden in Zelten oder unter freiem Himmel statt. Jeden Tag wird sich ein Camprat treffen, in welchem Personen aus jedem Land vertreten sind. Dort können mögliche Schwierigkeiten bzw. Probleme diskutiert werden. Es wird auch einen Frauenrat geben, der ähnlich wie der Camprat funktioniert. Natürlich heißt Selbstorganisation auch gemeinsam zu putzen, die Bar zu organisieren oder Nachtwache zu schieben. Aber keine Angst, natürlich ist jedeR nur ein bis zwei Mal in der ganzen Woche dran. Auch je ein eigener Platz für Frauen- und LesBiSchwule

Aktivitäten wird vorhanden sein.

Was kostet das Camp?

In den meisten Ländern ist Urlaub ein Luxusgut, was sich kaum einer leisten kann. Damit aber aus möglichst vielen Ländern Jugendliche auf das Sommercamp kommen, wird versucht die unterschiedlichen Lebensstandards durch die Campbeiträge auszugleichen. Deshalb ist der Beitrag für die Schweiz mit 120 Euro relativ hoch angesiedelt. Wer aber unbedingt mitfahren möchte und allein aus Kostengründen nicht mitfahren würde, sollte sich mit der BFS in Verbindung setzen. Bisher konnte in solchen Fällen immer das fehlende Geld aufgetrieben werden.

Wie komme ich zum Camp?

Eine gemeinsame Anreise muss erst noch organisiert werden. Ob wir mit dem Auto oder dem Zug nach Barbaste kommen wird sich entscheiden, wenn wir alle Anmeldungen zusammen haben. Am besten setzt ihr euch mit der BFS-Sektion in eurer Nähe zusammen! ■

KONTAKT: BFS/DEBATTE

- Schickt mir die Einladungen mit Unterlagen zum Bildungszyklus
 Ich möchte mehr Informationen über die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

Name und Vorname:

Adresse:

E-mail: Tel:

Kontakt: BFS/Debatte, Postfach 8707, 8036 Zürich – info@bfs-zh.ch

Finanzierung dieses Flugblattes mit (auch kleinen) Spenden auf PCK 87-65158-5. Danke! www.bfs-zh.ch

SPENDENAUFTRUF

Unsere Aktivitäten gegen das Lohn- und Sozialdumping und die Herausgabe von die Bresche kosten Geld. Darum bitten wir Sie/Euch, unsere Arbeiten mit einer Spende zu unterstützen.

Bitte Spenden auf: BFS/Debatte Zürich, PCK 87-65158-5

Was will die BFS?

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) wurde im Frühjahr 2002 von AktivistInnen aus allen Landesteilen gegründet: Die BFS ist eine politische Organisation, die gesamtschweizerisch aktiv ist und schwerpunktmässig in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Fribourg, Waadt, Genf, Wallis und Tessin präsent ist. Wir sind überzeugt, dass diese Gesellschaft, die auf Ungleichheit und Unterdrückung gründet, radikal verändert werden muss. Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Diskriminierung der Frauen, Rassismus und Kriege sind keine fatale "Laune der menschlichen Natur". Sie sind Folge eines Systems, das mit der Trennung der Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine besitzlose, lohnabhängige Mehrheit ("Unternehmer" und "Unternommene") und mit seinem Drang nach Profit immer wieder Konkurrenz, Herrschaft und Gewalt produziert. Wir wollen durch kollektive Kämpfe das Modell einer anderen Gesellschaft entwickeln. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die wirtschaftliche Produktion die Bedürfnisse der Menschen befriedigt und nicht im Dienste vom Profit stattfindet; In der dank einer wirkli-

chen Demokratie die Mehrheit und nicht wenige Privateigentümer entscheiden über was, wie und für wen produziert wird; In der das Potential, das in der gesellschaftlichen Arbeit, in der Wissenschaft und in der Technik steckt der ganzen Menschheit zu Gute kommt. Wir streben eine Gesellschaft an, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." "Eine andere Welt ist nötig": Deshalb beteiligen wir uns aktiv an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung des Kapitals (bsp. attac, Sozialforen, Aktionen gegen das WEF, usw.) und gegen die imperialistischen Kriege und an der feministischen Bewegung. Wir unterstützen alle Bemühungen, aktiv für die Forderungen, Interessen und Rechte der arbeitenden Menschen und aller Unterdrückten einzutreten. Wir sind in den Gewerkschaften aktiv, wo wir die direkte Aktion der Lohnabhängigen (Mobilisierungen, Streiks usw.) fördern. Ziel der BFS ist es, dank der kollektiven Aktion das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur Veränderung zu stärken. Die BFS kämpft gegen das europaweite

Lohndumping und somit das Bilateralen-Paket der Bosse und des Bundesrates (Pseudo-Personenfreizügigkeit mit zahnlosen "Begleitmassnahmen" plus Schengen). Wir treten ein für offene Grenzen, für Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz (bsp. Kündigungsschutz), für die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten und für die internationale Angleichung nach oben aller Lohn- und Sozialstandards. Wir kämpfen gegen Kahlschlag und Bildungsabbau und für den Ausbau des Service public (Öffentlicher Verkehr, Bildung, Gesundheit, usw.).

Die Gründung der BFS und unser Engagement sind somit eine Antwort auf zwei aktuelle Erfordernisse: An allen sozialen Kämpfen teilnehmen, die eine antikapitalistische Perspektive aufzeigen; Eine revolutionäre, internationalistische Bewegung aufbauen, die mit Bewegungen in anderen Ländern vernetzt ist und die Vorschläge für eine demokratische und sozialistische Alternative entwickelt. Interessiert? **Mach mit bei den SozialistInnen!** ■